

AUFRUF

Die Kinder- und Jugendhilfe muss während des Lockdowns offen bleiben! Die Rechte von Kindern und Jugendlichen müssen gesichert sein!

Bundesweit wird ein mindestens dreiwöchiger Lockdown während der Weihnachtszeit und des Jahreswechsels stattfinden. Wir unterstützen die geplanten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Dabei ist es grundlegend, dass auch während dieser Zeit die Rechte von Kindern und Jugendlichen gesichert und umgesetzt werden. In dieser neuen Phase der Pandemie - von der nicht klar ist - wann sie endet, muss die Kinder- und Jugendhilfe **aktiv** auf Familien zugehen und junge Menschen unterstützen. Dafür müssen die Rahmenbedingungen geschaffen und geeignete Konzepte flächendeckend umgesetzt werden.

Kinder und Jugendliche brauchen Orte, an denen sie sicher sind und ihre Zeit kinder- und jugendgerecht verbringen können!

Anders als im Frühjahr und Sommer haben die Kinder und Jugendlichen – witterungsbedingt – während dieses Lockdowns nicht die Möglichkeit, für längere Zeit in den öffentlichen Raum und nach „draußen“ zu gehen, wenn sie in den Wohnungen nicht bleiben können. Zudem sind sie in diesen Wochen auch nicht in der Schule oder in Kindertagesbetreuung. Kindertagesstätten müssen für alle Kinder und Eltern offen bleiben, wenn diese aufgrund ihrer Lebenssituation eine Betreuung im familiären Kontext nicht gewährleisten können.

Die Einrichtungen der Jugendarbeit (Jugendhäuser, Jugendtreffs, etc.), der Jugendsozialarbeit und der familienbezogenen Institutionen (wie Mehrgenerationenhäuser, Familienzentren, Familienbildungsstätten) müssen weiterhin Gelegenheitsräume und sichere Orte für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene schaffen, die sich nicht zu Hause aufhalten können oder keine Zufluchtsstätte haben.

Darüber hinaus können Kindertagesstätten, Schulen, Jugendherbergen und Mehrgenerationenhäuser ihre Räume für Angebote in Kooperation mit Diensten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung stellen. Dafür müssen die Rahmenbedingungen insbesondere in den Verordnungen geschaffen werden.

Jungen Menschen müssen soziale Beziehungen ermöglicht werden!

Auch junge Menschen, die alleine wohnen, von Wohnungsnotstand betroffen sind oder in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe leben, brauchen Kontakte zu ihren Freund*innen und Familien. Auch junge Geflüchtete, die noch nicht lange in Deutschland leben, sind darauf angewiesen, dass sie in diesen Wochen soziale Beziehungen haben und sie ihnen ermöglicht werden. Die Situation von geflüchteten Familien in Erstaufnahmeeinrichtungen in beengten räumlichen Wohnverhältnissen und mit wenigen Angeboten für Kinder muss verbessert und in Zeiten des Lockdowns im Blick behalten werden.

Die Kinder- und Jugendhilfe muss offensiv auf die Kinder, Jugendlichen und Familien zugehen. Altersgerechte Informationen und digitale Kommunikationsformen sind jetzt notwendig! Bund und Länder müssen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass alle Einrichtungen über ausreichende digitale Möglichkeiten verfügen, um mit jungen Menschen und Familien in Kontakt zu bleiben!

Kinder, Jugendliche und Familien müssen wissen, welche Angebote es in den kommenden Wochen für sie gibt! Wir wissen, dass 2020 schon viel von der Kinder- und Jugendhilfe verlangt wurde und dass auch die kommenden Wochen einen großen Einsatz von Fachkräften und Ehrenamtlichen erfordern. Darum braucht es auch ein deutliches Signal aus der Bundes- und Landespolitik, dass sie die Kommunen und Fachkräfte sowie Ehrenamtlichen der Kinder- und Jugendhilfe in dieser Zeit unterstützt und auch weitere Ressourcen zur Verfügung stellt. Ebenso wie Schulen, müssen auch Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe über die digitalen Möglichkeiten der Kommunikation im Kinderschutz, im Homeschooling, in der Schulsozialarbeit, der Erziehungsberatung, der Jugendarbeit oder der ambulanten Familienhilfe verfügen.

Kein „Wegschließen“ von Kindern und Jugendlichen in Wohngruppen, Heimen und Pflegefamilien! Das gilt umso mehr für Kinder mit Behinderung, die fast ganz aus dem Blick geraten sind.

Der Alltag in Wohngruppen hat sich bereits im Frühjahr sehr von dem Leben anderer junger Menschen unterschieden. Teilweise war der Kontakt auf die eigene Wohngruppe beschränkt. Ebenso gab es empfindliche Eingriffe in die Pflege der Elternkontakte – manche Kinder und Jugendliche konnten ihre Angehörigen über Wochen nicht treffen. Beteiligungs- und Beschwerderechte sind auch unter dem Einfluss der Pandemie unbedingt zu gewährleisten. Die Rechte der Kinder und Jugendlichen in Wohngruppen, Heimen und Pflegefamilien (mit und ohne Behinderung) auf Kontakt zu ihren Eltern oder anderen wichtigen Bezugspersonen müssen gewahrt werden.

Die Kinder- und Jugendhilfe muss in die Teststrategie des Bundes aufgenommen werden!

Alle Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe haben es täglich mit (vielen) Menschen zu tun, ob in der Beratung, in Kindertagesstätten oder Heimen, in ambulanten Hilfen oder der Jugendarbeit, bei Hausbesuchen im Kinderschutz oder im Rahmen der Schulsozialarbeit. Abgesehen von den Kindertagesstätten sind diese Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe bislang nicht von der Coronavirus Testverordnung umfasst. Dies ist unverständlich und muss deshalb schnellstmöglich geändert werden. Zur Pandemiebekämpfung ist eine Testung in diesen Einrichtungen unverzichtbarer Bestandteil; außerdem muss die Finanzierung für die Einrichtungen gesichert sein.

Die nach wie vor hohe Belastung der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe muss stärker in den Blick der Öffentlichkeit! Wertschätzung und finanzielle sowie personelle Unterstützung sind notwendig!

Die Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe sind von den Auswirkungen der Pandemie sowohl beruflich als auch privat betroffen. In den stationären Einrichtungen der Erziehungshilfe ist die Betreuung der Kinder- und Jugendlichen durch Corona Erkrankungen der jungen Menschen und Fachkräfte schon mancherorts gefährdet. Das Personal der Sozialen Dienste der Jugendämter wird zunehmend in den Gesundheitsämtern zur Kontaktverfolgung eingesetzt.

Dadurch kann mancherorts der Kinderschutz nicht mehr ausreichend gesichert werden. Es braucht kurzfristig personelle und finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten und Aufmerksamkeit bezüglich der hohen Belastungen der Mitarbeiter*innen!

Ein reines Notprogramm in diesem Lockdown ist zu wenig! Kinder- und Jugendhilfe als Infrastruktur des Aufwachsens aufrechterhalten!

Wir fordern die Bundes- und Landespolitik sowie die Verantwortlichen in den Landkreisen und Städten auf, sicherzustellen, dass die Kinder- und Jugendhilfe nicht nur mit einem Notprogramm in diesen Lockdown geht, sondern nach Möglichkeit – unter Einhaltung der Pandemie-Regeln – auch Kinder- und Jugendtreffs, aufsuchende Angebote, Beratungsstellen und niedrigschwellige Angebote für die jungen Menschen und ihre Familien bereithält und auf die Kinder und Jugendlichen zugeht. Dafür müssen auch zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Die zuverlässige Erreichbarkeit von Hilfeangeboten und Beratungsangeboten sowie Außenkontakten muss auch im Weihnachts-Lockdown gewährleistet sein, auch weil es in dieser Zeit nicht selten zu Krisen kommt.

Die Unterzeichner*innen dieses Aufrufs setzen sich dafür ein, dass auch unter den Bedingungen des Infektionsschutzgesetzes den Bedürfnissen und Rechten von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen deutlich mehr Beachtung geschenkt wird. Das muss auch im Krisenmanagement für den Schutz und für ein gesundes Aufwachsen junger Menschen im Alltag spürbar und erkennbar sein. Es geht nicht mehr nur um ein paar Wochen, sondern auch darum, die Kinder- und Jugendhilfe für das Jahr 2021 gut aufzustellen.

Die Erstunterzeichner*innen

A

AFET – Bundesverband für Erziehungshilfe e.V.

Dr. Yasmin Alinaghi, Der Paritätische Hessen, Frankfurt

Dr. Elke Alsago, Fachreferentin der stellvertretenden ver.di Vorsitzenden, Fach- und Berufspolitik Sozialer Arbeit, Schwerpunkt Kita

Prof. Dr. Sabine Andresen, Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e. V., Berlin

B

Prof. Dr. Tarek Badawia, Universität Erlangen-Nürnberg

Lorenz Bahr, Vorsitzender BAG Landesjugendämter, Leiter Landesjugendamt Rheinland

Prof. Dr. Dr. h. c. Detlef Baum, Hochschule Koblenz

Prof. Dr. Michael Behnisch, Frankfurt University of Applied Sciences

Verena Bentele, Präsidentin VdK Deutschland e. V., Berlin

Roland Berner, Linzgau Kinder- und Jugendhilfe e. V. Überlingen und Konstanz

Elvira Berndt/ Juri Schaffranek, GANGWAY – Straßensozialarbeit in Berlin e.V.

Frieder Bechberger-Derscheidt, (Min. Dir. i. R.), Kaiserslautern

Dipl. Päd. Ingeborg Böhme, ehem. Hortleiterin des Int. Familienzentrums Frankfurt

Prof. Dr. Karin Böllert, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe - AGJ.

Bundeskoordinierungsstelle des Bundesnetzwerks Ombudschaft, Berlin

C

Dr. Filip Caby und Anke Lingnau-Carduck, Vorstandsvorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie e. V. (DGSF)

D

Frank Dorsch-Irslinger, Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen e. V.

E

Diana Eschelbach, freie Referentin für Kinder- und Jugendhilferecht, Berlin

F

Fachkräftekampagne #dauerhaftsystemrelevant (<https://dauerhaft-systemrelevant.de/>)

Christa Frenzel, Erste Stadträtin a. D., Elze/Niedersachsen, freiberufliche Jugendhilfeexpertin

G

Gunda Georgi, Jugendamt Chemnitz, Mitglied erw. Vorstand DIJuF

Holger Gläss, Leiter Kreisjugendamt, Landratsamt Rems-Murr-Kreis

Prof. Dr. Stefan Godehardt-Bestmann, Europäisches Institut für Sozialforschung -SGB Berlin

Dr. Björn Hagen, Geschäftsführer Evangelischer Erziehungsverband e. V. – EREV, Hannover

H

Prof. i.R. Dr. Franz Hamburger, Universität Mainz

Prof. Dr. Peter Hansbauer, Fachhochschule Münster

Prof. Dr. Luise Hartwig, Fachhochschule Münster Fachbereich Sozialwesen

Hans-Peter Häußermann, Vorsitzender Verein Kinder haben Rechte Reutlingen Tübingen e.V.

Dr. Stefan Heinitz,, Bundesarbeitsgemeinschaft Die Kinderschutz-Zentren e.V., Köln

Prof. Dr. Dr. Gregor Hensen, Hochschule Osnabrück

Ulrike Herr, Werkstatt für Beratung, Kleinmachnow

Lucas Johannes Herzog, Abteilungsleiter Jugendamt der Landeshauptstadt Stuttgart und Vorstand IGfH

Ralf-Dieter Heydolph, Landeszentrale für Medien und Kommunikation (LMK), Ludwigshafen

Stephan Hiller, Bundesverband katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen e. V. (BVKE)

Gerda Holz, Kinderarmutsforscherin, Trägerin des Carola Gold- Preises für gesundheitliche Chancengleichheit 2020, Frankfurt a.M.

Prof.in Dr.in Davina Höblich, Hochschule RheinMain Wiesbaden

Ilona Heuchell, ISA – Institut für soziale Arbeit e. V, Münster

Jennifer Hübner, Alice-Salomon-Hochschule, Berlin

J

Manfred Jannicke, Vorstandsmitglied Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe e.V, Berlin

K

Susanne Kaiser-Ott, Fachdienst Jugend, Regionalverband Saarbrücken

Prof.in i.R. Maria -Eleonora Karsten, Leuphana Universität Lüneburg

Henriette Katzenstein, Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft e.V., Heidelberg

Benjamin Kaufmann, Kindersolbad gGmbH, Bad Friedrichshall

Prof. Dr. Fabian Kessl, Institut für Erziehungswissenschaft, Bergische Universität Wuppertal, Kuratoriumssprecher des Instituts für solidarische Moderne

Josef Koch, Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH), Frankfurt

Kompetenzzentrum Pflegekinder e. V.,Berlin

Prof. Dr. Kerima Kostka, Professur für Hilfen zur Erziehung / Öffentliche Jugendhilfe, University of Applied Sciences Frankfurt

Alina Kierek, (Projektleitung Careleaver Weltweit) für die Initiative „Brückensteine“

Prof. Dr. Nicole Knuth, Fachhochschule Dortmund

Ines Kurek-Bender (Vorstand) PFAD für Kinder Pflege- und ADoptivfamilien im Hochtaunuskreis e.V., Oberursel

Christian Kurzke, Studienleiter, Evangelische Akademie Sachsen

L

Benjamin Landes, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. Frankfurt

Landesverband Berlin des Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit (DBSH)

Prof. Dr. phil. Albert Lenz, Dipl.-Psychologe, Institut für Gesundheitsforschung und Soziale Psychiatrie (igsp) der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen (KatHo NRW)

Melanie Links, Jugendamt Stuttgart, ambulante Hilfen zur Erziehung

Klaus Peter Lohest, Abteilungsleiter a.D., Waldesch

Katharina Lohse, Deutsches Institut für Jugendhilfe- und Familienrecht DIJuF, Heidelberg

Birgit Luhmann, Sozialpädagogisches Netzwerk, Arbeiterwohlfahrt Saarland e.V.

M

Dr. Peter Marquard, Stiftung Das Rauhe Haus, Hamburg

Prof. Dr. Stephan Maykus, Fakultät Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften der Hochschule Osnabrück u. Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg

Gerald Mennen, Geschäftsführender Vorstand, Outlaw die Stiftung, Hamm

Prof. Dr. Nikolaus Meyer, Hochschule Fulda, Fachbereich Sozialwesen

Dr. Thomas Meysen, Lydia Schönecker, SOCLES International Centre for Socio-Legal Studies gGmbH, Heidelberg

Bernd Mix, Jugendamtsleiter der Stadt Ibbenbüren und Vorsitzender des DIJuF

Prof. Dr. Matthias Moch, Studiengangsleiter Erziehungshilfen / Kinder- und Jugendhilfe 1 Duale Hochschule Baden-Württemberg, Stuttgart

Heinz Müller/ Elisabeth Schmutz, Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz, ism gGmbH

Prof. Dr. jur. Johannes Münder, Herausgeber des Frankfurter Kommentars zum SGB VIII

N

Prof. Dr. Dirk Michael Nüsken, Evangelische Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, Bochum

O

Judith Osterbrink, Vorstand Deutsches Institut für Jugendhilfe- und Familienrecht, DIJuF Heidelberg

P

Luise Pfütze, Sprecherin National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention e.V.

R

Dieter Reuter-Spanier, Beratungs- und Ombudsstelle für Kinder und Jugendhilfe in Niedersachsen e.V.

Matthias Richter, Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie e. V. (DGSF)

Volker Rohde, BAG Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e. V.

Matthias Röder, Mitglied des erweiterten Vorstands des Deutschen Instituts für Jugendhilfe- und Familienrecht DIJuF, Heidelberg

Dr. Tanja Rusack, Institut Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim

Björn Redmann, Kinder- und Jugendhilferechtsverein e.V., Dresden

Prof.in Dr. Nicole Rosenbauer, EHS - Evangelische Hochschule Dresden

horsten Reichmann und Sigune Richter, Landeshauptstadt Stuttgart, Jugendamt

S

Prof. Dr. Philipp Sandermann, Leuphana Universität, Lüneburg

Dirk Schäfer, Perspektive gGmbH - Institut für sozialpädagogische Praxisforschung und -entwicklung, Bonn

Prof. Dr. Elke Schierer, Studiengangsleitung Soziale Arbeit und Internationale Soziale Arbeit Evangelische Hochschule Ludwigsburg

Ulli Schiller, Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe e.V

Prof.in Dr.in Elke Schimpf, Evangelische Hochschule Darmstadt

Prof. Dr. Reinhold Schone, Fachhochschule Münster

Prof. Dr. Christian Schraper, Universität Koblenz

Prof. Dr. Wolfgang Schröer, Institut Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim

Prof. em. Dr. Peter Schruth, Vorstand des Bundesnetzwerk Ombudschaft in der Jugendhilfe

Dr. Jörgen Schulze-Krüdener, Universität Trier, Abt. Sozialpädagogik

Regine Schuster, Stv. Landesgeschäftsführerin, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland e. V.

Simone Spath, Bereichsleiterin Kindertageseinrichtungen, AWO Landesverband Saarland e.V.

Prof. Dr. Bernd Stickelmann, ehem. Hochschullehrer an der FH Erfurt, Kinder- und Jugendarbeit

Volker Steinberg, Vorsitzender des Landesjugendring Rheinland-Pfalz

Ramona Stirtzel, Hochschule Magdeburg-Stendal

Dr. Remi Stork, Professor für Kinder- und Jugendhilfe mit dem Schwerpunkt „Hilfen zur Erziehung“, FH Münster - Fachbereich Sozialwesen

Waltraud Stuntebeck, Jugendamt der Landeshauptstadt Stuttgart

Prof. Dr. Heinz Sünker, Direktor des Forschungszentrums 'Kindheiten.Gesellschaften', Bergische Universität Wuppertal

T

Dr. Kristin Teuber, SOS-Kinderdorf e.V., Sozialpädagogisches Institut, München

Prof. Dr. Hans Thiersch, Eberhard Karls Universität, Tübingen

Klaus Theißen, Leiter Abteilung Kinder, Jugend, Frauen, Familie, Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e.V., Berlin

Dr. Severine Thomas, Institut Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim

U

Prof. Dr. Ulrike Urban-Stahl und Mitarbeiter*innen des Arbeitsbereichs Sozialpädagogik der Freien Universität Berlin

V

Dr. Eric van Santen, Deutsches Jugendinstitut e.V., München

Dr. Julia von der Gathen-Huy, Technische Universität Dortmund, Forschungsverbund DJI / TU Dortmund

Marion von zur Gathen, Leiterin Abteilung Soziale Arbeit, Paritätischer Gesamtverband, Berlin

W

Prof. Dr. Leonie Wagner, HAWK Hochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen

Prof. i.R. Dr. (phil.) Joachim Wieler, Fachhochschul, Erfurt

Prof. Dr. Peter-Ulrich Wendt, Vorsitzender des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt, Professor für Soziale Arbeit in Magdeburg

Prof. Dr. Matthias D. Witte, Institut für Erziehungswissenschaft, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Prof. Dr. Mechthild Wolff, Hochschule Landshut

Z

Birgit Zeller, Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz, Mainz

Prof. Dr. Gisela Zenz, Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Dr. Ute Zillig, Frankfurt University of Applied Sciences

Prof. Dr. Maud Zitelmann, Frankfurt University of Applied Sciences



FORUM TRANSFER

Innovative Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten von Corona

Der Aufruf wird auf [Forum-Transfer.de](https://forum-transfer.de) – innovative Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten von Corona - eingestellt und laufend aktualisiert. Auf dieser Seite wollen wir ebenfalls Beispiele guter Praxis einstellen, die zeigen, was wir tun können und tun, um die Kinder- und Jugendhilfe offen zu halten und Rechte zu sichern. Bitte senden Sie uns auch Ihre Beispiele und Anregungen an info@forum-transfer.de.

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism gGmbH)

Heinz Müller, Flachmarktstraße 9, 55116 Mainz, Tel.: 06131/24041-0

E-Mail: [info\(at\)forum-transfer\(.\)de](mailto:info(at)forum-transfer(.)de) , Web: www.forum-transfer.de /www.ism-mz.de